

## **Stellungnahme zum Haushalt 2026 der Stadt Lennestadt** **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

wir beraten und verabschieden heute den Haushalt der Stadt Lennestadt für das Jahr 2026. Ein Haushalt ist mehr als eine Ansammlung von Zahlen, Ansätzen und Prognosen. Er ist Ausdruck politischer Prioritäten. Er zeigt, was uns wichtig ist – und wo unsere Grenzen liegen.

Aus Sicht der grünen Ratsfraktion ist der Haushalt 2026 weniger ein Haushalt der Gestaltung als ein Haushalt der Warnsignale.

Die Haushaltssicherung ist keine theoretische Möglichkeit mehr, sie ist eine reale Bedrohung. So würde es der Pessimist formulieren.

Fakt ist: Dieser Haushalt ist nicht aus politischer Stärke oder kluger Steuerung heraus entstanden, sondern weil Pflichtausgaben, Umlagen und äußere Zwänge den kommunalen Gestaltungsspielraum zunehmend verringern, wenn nicht gar ersticken.

*Hierzu fällt mir folgendes Zitat von Marie Antoinette ein: „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie Kuchen essen“*

auf die Kommune bezogen bedeutet die weitgehende Verweigerung des Konnexitätsprinzips von Bund und Land: *„wenn sie kein Geld haben, dann sollen sie doch Steuern und Abgaben erhöhen“*

Konkret stehen im Haushaltsentwurf den Erträgen von rund 73,4 Millionen Euro Aufwendungen von etwa 83,34 Millionen Euro gegenüber – und das bereits nach Abzug einer globalen Minderausgabe von zwei Prozent. Hinzu kommen Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von rund 12 Millionen Euro, Verpflichtungsermächtigungen von knapp 10 Millionen Euro sowie weitere 15 Millionen Euro zur Liquiditätssicherung. Möglich wird dieser Haushalt nur durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage von rund 10 Millionen Euro und ist am Ende doch „nur“ ein strukturell ausgeglichener Haushalt.

Und wie ich es gerade schon gesagt habe, nur durch den rechtlich zulässigen Kunstgriff der sogenannten „globalen Minderausgabe“ in Höhe von 1,7 Millionen Euro – also der Annahme, dass wir von vornherein weniger ausgeben werden als geplant – lässt sich das Abrutschen in die formalen Voraussetzungen der Haushaltssicherung vermeiden. Das ist formal korrekt, aber politisch kein Grund zur Entwarnung.

Zu den Entwicklungen bei Gewerbesteuer und Kreisumlage ist heute bereits einiges gesagt worden. Ich möchte daher den Blick auf einen anderen wichtigen Punkt lenken: die Investitionen.

Investieren ist wichtig, keine Frage. Aber was wir hier sehen, ist eine Investitionsliste ohne realistischen Umsetzungshorizont. Die Zahlen der vergangenen Jahre zeigen deutlich, dass regelmäßig nur 50 bis 60 Prozent der geplanten Maßnahmen umgesetzt werden konnten – im Haushaltsjahr 2024 waren es sogar nur rund 40 Prozent. Der Saldo der Investitionstätigkeit ist seit Jahren rückläufig. Der Prüfbericht zum Haushalt 2024 hat das noch einmal klar bestätigt.

Weder personell noch organisatorisch wird die Stadtverwaltung in der Lage sein, all diese Projekte in der vorgesehenen Zeit umzusetzen.

Ab dem Jahr 2026 erhält die Lennestadt Strukturfördermittel aus dem Sondervermögen des Bundes in Höhe von 11,9 Millionen Euro, die nach dem Willen des Bürgermeisters innerhalb von vier Jahren verausgabt werden sollen. Das klingt zunächst beeindruckend. Doch ohne klare Prioritäten und ohne konkrete Zuordnung im Haushaltsplan 2026 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bleibt es vor allem eines: eine Zahl!

Was uns hier fehlt, ist genau das, was das entsprechende Landesgesetz ausdrücklich vorgibt: eine Priorisierung der Mittelverwendung – etwa für Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur (50%), für energetische Sanierung und Klimaschutz/Klimafolgenanpassung(20%), für Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Sportinfrastruktur sowie öffentliche Sicherheit und Krisenresilienz (ges. 30%). Der Fokus auf die Investitionssummen allein reicht nicht aus. Entscheidend ist, *wo* und *in welcher Reihenfolge* wir investieren. So fehlt es an Klarheit darüber, was mit den zusätzlichen Infrastrukturmitteln in Höhe von 3 Mio. pro Jahr finanziert werden soll. Dieses „Informationsdefizit“ hat u. E. verhindert, dass sich der Rat in den HH-Beratungen überhaupt nicht an einer möglichen Priorisierung von Massnahmen beteiligen konnte. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sieht anders aus!

Ein weiteres ungelöstes Thema ist der **Leerstand** in unserer Stadt. Seit Jahren wird dieser Zustand beklagt, seit Jahren passiert zu wenig. Um es klar zu sagen: Es ist dem Bürgermeister seit seinem Amtsantritt 2020 nicht gelungen, diese strukturelle Herausforderung nachhaltig zu lösen. Vielleicht bringt eine

geplante Änderung im Landesbaurecht künftig neue Möglichkeiten, etwa durch die erleichterte Umwidmung von Leerstand in Wohnraum. Aber auch hier braucht es aktives kommunales Handeln und klare Konzepte.

Damit sind wir bei der Frage, wie zukunftsfähig Lennestadt insgesamt aufgestellt ist. Ein zentrales Thema, das viele Bürgerinnen und Bürger bewegt, ist die **medizinische Versorgung**. Der fehlende Kinderarzt ist längst kein Randproblem mehr, sondern ein echter Standortnachteil – insbesondere für junge Familien. Auch die hausärztliche Versorgung ist angespannt und wird sich mit Blick auf den **demografischen Wandel** in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

Der Haushalt 2026 bietet hierfür noch keine ausreichenden Antworten. Wir brauchen eine aktive und kluge Strategie – gemeinsam mit dem Kreis, der Kassenärztlichen Vereinigung und neuen Versorgungsmodellen. Wer Familien nach Lennestadt holen oder hier halten will, muss Versorgungssicherheit bieten.

Der demografische Wandel zieht sich wie ein roter Faden durch diese Haushaltsdebatte. Lennestadt wird älter, junge Menschen werden weniger, Fachkräfte sind schwerer zu gewinnen. Die entscheidende Frage lautet: Wie gelingt es uns, Menschen für Lennestadt zu begeistern – und sie langfristig hier zu halten, um auch dem Bevölkerungsverlust der uns die letzten Jahre begleitet Einhalt zu gebieten?

Lennestadt hat viele Stärken: eine attraktive Lage, Nähe zur Natur, engagierte Vereine, eine gute Schulinfrastruktur, kulturelle Angebote, eine gute industrielle Basis und einen stabilen Mix aus Mittelstand, Handwerk und Industrie. Aber gute Arbeitsplätze allein reichen heute nicht mehr aus. Eine lebenswerte Stadt braucht auch eine funktionale Mobilität (für Kfz, Rad und Fußgänger Stichwort „shared space“ ), bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung und soziale Teilhabe.

Dazu gehört auch, soziale Problemlagen ernst zu nehmen. Der prognostizierte Anstieg der Obdachlosenzahlen auf fast das Doppelte sollte uns zu denken

geben. Obdachlosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck struktureller Probleme. Der Haushalt 2026 weist zur Finanzierung zwar 5 TSD € mehr aus als 2025, gleichzeitig aber auch 25 TSD € weniger als 2024.

Wir brauchen langfristige Konzepte, die Prävention, Beratung und Wohnraumsicherung miteinander verbinden. Eine lebenswerte Stadt ist eine Stadt für alle – nicht nur für die, die problemlos durchs System kommen.

Als grüne Ratsfraktion nehmen wir zum vorgelegten Haushalt eine konstruktiv-kritische Haltung ein. Konstruktiv heißt für uns aber nicht, alles abzunicken.

Uns fehlt z.B. im Bereich des Klimaschutzes die Priorisierung, die er aufgrund seiner Wichtigkeit verdienen muss und wie es das Klimaschutzkonzept der Stadt vorsieht. Hier spielt er aber nur eine begrenzte untergeordnete Rolle. *Und wie „ernst“ die Stadtverwaltung es mit der Klimaanpassung nimmt, kann man am Beispiel Trinkwasserbrunnen sehen. Erst einen Klimafond einrichten und diesen mit Geld versehen, stundenlang im AK Klimaschutz über geeignete Klimaanpassungsmassnahmen diskutieren, dann einen Beschluss fassen einen TWB aufzustellen, diesen dann auf die lange Bank zu schieben, auf Nachfrage hierzu über technische Probleme und davonlaufende Kosten klagen und dann durch den Pressesprecher verlauten lassen, dass es nur ein kalkulatorischer Ansatz gewesen sei und Geld hierfür nicht zur Verfügung stehe. Wie peinlich ist das denn? Hat man denn mal alternative Standorte in der Lennestadt geprüft, die geringere Tiefbaukosten mit sich bringen? Bilstein, Grevenbrück oder Saalhausen bieten Plätze an, wo ein TWB aufgestellt werden könnte. Letzterer im Bereich Tourismusinfo, da für die geplante neue Jugendhütte am Sportplatz ohnehin Tiefbauarbeiten vorgesehen sind.*

Wir sehen einerseits zwar die Zwänge, denen die Kommune bei der Aufstellung des Haushaltes unterliegt, sind aber andererseits davon überzeugt, dass es an einer ehrlichen Priorisierung von Projekten und dem Mut zur Reduzierung und einer damit verbundenen Verhinderung von steigenden Folgekosten fehlt.

Im Laufe des Jahres 2026, spätestens jedoch zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltes 2027, werden wir darüber diskutieren und entscheiden müssen

- ob und inwieweit Verbesserungen auf der Einnahmeseite möglich sind und
- wie Ausgaben reduziert werden können, hierbei gehört auch der Fokus auf das interne Verwaltungshandeln (Stichwort: Gerichtsverfahren/Vergleiche)

ohne hierbei das „Kind mit dem Bade auszuschütten“

Hierzu bedarf es dann auch einer Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenkt und offen kommuniziert.

Abschließend noch eine Anmerkung zum Vorbericht des Bürgermeisters. Da ist zu lesen, ich zitiere: .... Zweifel am Erreichen des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes werden mittlerweile von **Resignation** abgelöst...

Wir denken, Resignation ist kein guter Ratgeber, Herr Bürgermeister.  
Wenn wir alle resignieren würden, sind wir hier falsch und sollten wir unsere Ratsmandate gleich zurückgeben – und Sie Ihr Amt. Das will sicher niemand von uns tun. Stattdessen gilt es, gemeinsam anzupacken und den finanziellen Gestaltungsspielraum unserer Stadt Stück für Stück zurückzugewinnen.

Unsere Akzente mögen hierbei unterschiedlich sein – aber das Ziel hin zu einer zukunftsfähigen Stadt Lennestadt sollte ein gemeinsamer Weg sein.

Dem HH 2026 werden wir aus den von mir dargelegten Gründen nicht zustimmen. Da wir aber durchaus einzelne Maßnahmen im Haushalt begrüßen und unterstützen, werden wir den Haushalt nicht ablehnen, sondern mit Enthaltung votieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.